



20. April 2018

Pressemitteilung der SPD Dieburg

(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Dieburger SPD gegen Straßenbeiträge

MdL Tobias Eckert informiert über den Stand der Diskussionen

„Wir sind gegen die Erhebung von Straßenbeiträgen“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Ferdi Böhm nach einer Informationsveranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten (MdL) Tobias Eckert. Die Dieburger SPD positioniert sich damit zu diesem Thema, welches in einigen Kommunen Hessens bereits zu erheblichen Diskussionen geführt habe. Da auf Dieburg in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Herausforderungen zukommen würden und die Kommunalaufsicht eine Entlastung der Haushalte verlangt, dürften die Bewohner der Gersprenz-Stadt früher oder später mit dem Problem konfrontiert werden. So sei laut Böhm zu hören, dass auch Bürgermeister Frank Haus von der Variante „wiederkehrende Beiträge“ angetan sein soll.

In seinem Vortrag erläuterte MdL Eckert, dass die Kommunen für den Umbau und Ausbau öffentlicher Straßen, der über die laufende Unterhaltung und Instandsetzung hinausgeht, Beiträge erheben sollen. Wiederkehrende Beiträge würden nach dem Solidarprinzip in Abrechnungsgebiete mit mehreren Straßen aufgeteilt auf deutlich mehr Schultern verteilt. Nach einem Vorlauf von ca. zwei Jahren, in denen Abrechnungsgebiete und Gemeindeanteile, der Straßenzustand erfasst sowie die Beiträge berechnet würden, könnten diese Beiträge erhoben werden. Inwieweit die Stadt Dieburg dann als ein Abrechnungsgebiet gelten könne, sei fraglich, so Eckert. Bei einer Aufteilung in mehrere Abrechnungsgebiete könne es durchaus sein, dass in einem Abrechnungsgebiet Beiträge erhoben würden, in einem anderen nicht, wenn dort keine Straßenerneuerungen durchgeführt werden. Vom beitragsfähigen Aufwand

verblieben immer 25 % bei der Gemeinde und würden sich bis maximal 75 % bei überwiegend überörtlicher Nutzung der Straßen steigern.

Alternativ zu den wiederkehrenden Beiträgen wären einmalige Beiträge für die Anlieger der baufälligen Straßen zu erheben, wobei schnell mal fünfstelligen Summen für Einzelne zustande kommen könnten.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag kritisierte, die Kommunalaufsicht habe viele Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen gezwungen, um den jeweiligen Kommunalhaushalt zu entlasten. Ziel der SPD sei es, dass die Regelung zu den zwangsweisen Straßenausbaubeiträgen in ihrer derzeitigen Form abgeschafft werde. Die Finanzierung solle das Land Hessen über eine Investitionspauschale sicherstellen; der Ausbaustandard solle stärker vor Ort geregelt werden.

Übrigens müsse eine Straßenbeitragssatzung, so Fraktionsvorsitzender Ferdi Böhm in seinem Schlusswort, natürlich auch durch das Stadtparlament beschlossen werden.

Gez. Rainer Weiß

Im Auftrag des SPD-Ortsvereins Dieburg

Eichenweg 14
64807 Dieburg

Tel.: 06071 / 25 114
Mobil: 0160 / 952 488 26
E-Mail: rainer.weiss-dieburg@t-online.de